



10 000 Berliner Landesbeschäftigte im Streik: Öffentlicher Dienst lahmgelegt



Harald Schaum, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU Foto: IG BAU, Tobias Seiferthochgeladen von Theodor Groesdonk

Gemeinsame Presseerklärung von ver.di, GEW, GdP und IG BAU.

Rund 10 000 Beschäftigte, die unter den Tarifvertrag der Länder fallen, sind dem Warnstreikaufruf der Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IG BAU gefolgt und haben heute den öffentlichen Dienst in der Hauptstadt flächendeckend lahmgelegt. Bestreikt wurden Senatsverwaltungen und Bezirksämter, Kitas, Schulen und Hochschulen, die Polizeidienststellen, die Feuerwehr und die forstwirtschaftlichen Betriebe des Landes Berlin. Den Streik begleitete eine gemeinsame Demonstration der Gewerkschaften. Sie startete am Wittenbergplatz und führte zum Platz des 18. März, wo gegen Mittag eine Abschlusskundgebung stattgefunden hat.

Andrea Kühnemann, ver.di Landesleiterin Berlin-Brandenburg:

"Die Länder haben in zwei Verhandlungsrunden kein Angebot vorgelegt Das ist eine Respektlosigkeit gegenüber den Beschäftigten. Weder zu den Lohnerhöhungen noch zur Stadtstaatenzulage oder der Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes haben die Arbeitgeber etwas vorgelegt. Es droht ein Abschluss, der die Personalnot im öffentlichen Dienst in Berlin weiter verschärft. Deshalb erhöhen wir jetzt den Druck."

Harald Schaum, Vizebundesvorsitzender der IG BAU:

"Deutlich höhere Lebensmittelpreise, stark gestiegene Energiekosten und Mieten, die durch die Decke gehen. Die Inflation schlägt voll zu, gerade auch hier in der Metropole Berlin Deshalb ist unsere Forderung von 10,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, aber mindestens 500 Euro, sowie 200 Euro mehr für Auszubildende nicht mehr als recht und billig."

Oliver Mertens, GdP-Landesvorstand:

"Wir brauchen die 300-Euro-Stadtstaatenzulage, damit sich die hauptstadtbedingten Arbeitsbelastungen und Herausforderungen durch finanzielle Anerkennung im Portemonnaie aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wiederfinden. Die bisherige Hauptstadtzulage hat keine Zukunft, weil sie nicht an alle gezahlt wird, so die Kolleginnen und Kollegen spaltet und wir mit ihr den Rauswurf aus der TdL riskieren."

Martina Regulin, Vorsitzende der GEW BERLIN:

"Die Berliner Beschäftigten vergleichen sich Zurecht mit ihren Kolleg*innen im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen, wo gleiche Berufsgruppen besser bezahlt werden und unter besseren Bedingungen arbeiten. Das Land Berlin muss angesichts des Fachkräftemangels und der Inflation dringend attraktiver werden. Andernfalls werden künftig noch mehr Stellen unbesetzt bleiben."